

Newsletter Landtag-Heidekreis

Gudrun Pieper MdL

Niedersachsen geht voran!



BUNDESWEIT EINMALIGE VEREINBARUNG, UM ÖKONOMIE UND ÖKOLOGIE ZUSAMMENZUFÜHREN

„Wir können heute mit Fug und Recht von einem historischen Tag sprechen. Historisch, weil der Niedersächsische Weg bundesweit einmalig ist. Die Vereinbarung zwischen Landesregierung, Landvolk, Landwirtschaftskammer, BUND und NABU mit dem Ziel eines Gesellschaftsvertrags bringt den Naturschutz in Niedersachsen voran und lässt die Landwirte nicht alleine“, erklärte unser umweltpolitische Sprecher und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Martin Bäumeier nach Verabschiedung des Gesetzes zum Niedersächsischen Weg im Landtag. Der Niedersächsische

Weg ist der vernünftige Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie und mehr noch, er ist ein weiterer Meilenstein erfolgreicher Politik der Regierungskoalition von CDU und SPD. Unser stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helmut Dammann-Tamke, Sprecher für den Bereich Landwirtschaft, ergänzte mit Blick auf die Beteiligung der Landwirte: „Gehen Sie

offensiv und mit einer gehörigen Portion Stolz in die gesellschaftspolitische Debatte in Ihrer Nachbarschaft, in Ihren Dörfern und ggf. in unseren Städten und stehen Sie voller Selbstbewusstsein zu den Vereinbarungen des Niedersächsischen Weges. Dieser ist bundesweit einmalig!“

Wir, als CDU-Landtagsfraktion, werden uns zukünftig auch weiterhin für eine starke und wettbewerbsfähige Landwirtschaft einsetzen, die es versteht Ökonomie und Ökologie zum Wohle aller zusammenzuführen. Und den eigenen kleinen Beitrag kann vor Ort jeder von uns leisten, indem beispielsweise unsere

regionalen Produkte auf den Märkten in Schwarmstedt, Walsrode oder Bad Fallingbommel erworben werden. Oder auch darüber nachgedacht wird, wie die Bepflanzungen in Blumenkästen oder in den Beeten dazu beitragen können, mehr Naturschutz vor der Haustür zu schaffen. Regionalität schafft Identität, Regionalität garantiert Qualität und Kontrolle.



IN DIESER AUSGABE

1. Niedersächsischer Weg
2. Aus dem Plenum
3. Aus dem Europaausschuss
4. Unterwegs im Wahlkreis

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

die Plenarwoche war in diesem Monat verkürzt. Hintergrund war die Sondersitzung zur Corona-Pandemie eine Woche zuvor und auch die Überlegungen, dass einige Anträge aufgrund der aktuellen Lage direkt zur ersten Beratung in die Ausschüsse verwiesen worden sind. Wir sind und bleiben handlungsfähig, nur überlegen wir sehr genau, wie wir Kontakte minimieren können, um die Ansteckungsgefahr zu reduzieren. Mit dem Hygieneplan, mit Videokonferenzen und gestrafften Plenarzeiten, haben wir ein gutes Konzept erstellt. Für uns bedeutende Beschlüsse können Sie hier im Newsletter verfolgen. Viel Spaß beim Lesen!

Herzlichst Ihre



Gudrun Pieper



BESTANDSREGULIERUNG ALTERNATIVLOS

„Es zeigt sich mehr als deutlich, dass ein Beutegreifer, der sich ohne einen natürlichen Feind in unserer dicht besiedelten Kulturlandschaft exponentiell ausbreitet und immer größeren Schaden anrichtet, durch den Menschen gemanagt werden muss“: Mit einem eindringlichen Appell an die Vernunft von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) hat unser CDU-Agrarexperte Frank Schmädeke den Bund erneut aufgefordert, einen günstigen Erhaltungszustand nach französischem Vorbild und damit eine Untergrenze für den Wolfsbestand festzulegen. Gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion wollen wir nun in Vorleistung gehen und mit der Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht für den Fall gerüstet sein, dass die Bundesregierung den erforderlichen Strategiewechsel vollzieht.

Nicht nur Niedersachsen wartet auf eine zügige Umsetzung durch die Bundesumweltministerin, um endlich ein rechtssicheres, effizientes und nach wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiertes Wolfsmanagement etablieren zu können,

sondern bei dem exponentiellen Wachstum der Population müssen wir auch damit rechnen, dass die damit verbundenen Schäden exponentiell zunehmen werden. Der Schadensausgleich würde so zu einer kaum kalkulierenden finanziellen Belastung für die Steuerzahler, bis es irgendwann keine Weidetierhalter mehr gibt, deren Schäden zu kompensieren wären.

„Die Idee, unsere Weidetiere einfach flächendeckend mit sogenannten wolfsabweisenden Zäunen zu sichern und Halter für die Risse zu entschädigen, um damit alle Probleme zu lösen, ist gescheitert. Die Erfahrung zeigt: Egal, wie hoch der Zaun ist, Wölfe wachsen an dieser Aufgabe und werden den Zaun irgendwann überwunden haben“, bemerkte Schmädeke während der Debatte. „Hilflos müssten die verbliebenen Weidetierhalter dann zuschauen, wie ihre Tiere Nacht für Nacht dezimiert werden. Und dann helfen auch keine Billigkeitsleistungen des Landes, die Weidetierhalter hören auf.“

„Viele Weidetiere sind aus der Landschaft verschwunden und ihre Halter haben aufgegeben oder sind kurz davor. Deswegen fordern wir, dass der Bund nun zügig handeln muss, um den Regionen mit ihren Weidetierhaltern dieses Schicksal zu ersparen“, so Schmädeke abschließend.



KULTUR KANN DAZU BEITRAGEN, DIE DEMOKRATIE ZU STÄRKEN

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie betreffen jeden und ziehen sich durch alle Lebensbereiche. Dazu gehören auch die Sorgen um den Bestand der kulturellen Einrichtungen und die dortigen Arbeitsplätze. „Trotz großer Kreativität sind die Probleme kaum lösbar“, so unser CDU-Kulturexperte Burkhard Jasper während der Debatte.

Durch den zweiten Lockdown macht sich in der Veranstaltungs- und Kulturbranche Hilflosigkeit und Angst breit. „Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass in dieser Zeit Kultur nur eine Nebenrolle spielt. Vielmehr kann Kultur dazu beitragen, den Menschen Zuversicht zu geben, den Zusammenhalt zu verbessern, populistische und die Gesellschaft spaltende Bewegungen zu schwächen und die Demokratie zu stärken“, so der Abgeordnete.

Die Kultur- und Kreativbranche fördert durch ihre Aktivitäten den Tourismus und ist somit ein bedeutsamer Faktor für die Wirtschaft. Der eingebrachte Antrag von CDU und SPD bezieht sich nun auf die konkreten Hilfsprogramme. Durch das Corona-Sonderprogramm für gemeinnützige Kultureinrichtungen und Kulturvereine wurde ein Beitrag zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur geleistet. Der Landtag hat Mittel zur Kofinanzierung des Bundesprogramms ‚Neustart Kultur‘ zur Verfügung gestellt. 10 Mio. Euro umfasst der Fördertopf ‚Niedersachsen dreht auf‘. Die Maßnahmen sollen nun ergänzt und die Mittel für Projekte zum jetzigen Zeitpunkt nicht zurückgezahlt werden. Unter bestimmten Bedingungen sollen auch kommerzielle Angebote in der Club-, Kneipen- und Festivalszene profitieren können. „Das Bundesprogramm ‚Neustart Kultur‘ soll einfacher, übersichtlicher und bürokratieärmer werden. Hier gibt es gute Ansätze auf Bundesebene, die wir unterstützen wollen“, so Jasper abschließend.





NEUE BROSCHÜRE ZUR ERASMUS+ -AKKREDITIERUNG

Die Europäische Kommission hat eine deutschsprachige Broschüre zur Zukunft des EU-Bildungsprogrammes ab 2021 veröffentlicht. Die Broschüre enthält Informationen zum Erasmus+-Nachfolgeprogramm und zur neuen ERASMUS+-Akkreditierung. Ab 2021 soll die Akkreditierung Unternehmen einen neuen Zugang zu finanzieller Förderung durch ERASMUS+ ermöglichen. Wesentliche Neuerung ist, dass sich Betriebe und Berufsbildungseinrichtungen wie Berufsschulen nur noch einmal akkreditieren müssen, um während der gesamten Programmlaufzeit 2021-2027 EU-Finanzmittel für ihre grenzüberschreitenden Mobilitätsaktivitäten ins Ausland zu erhalten. Eine ERASMUS+-Akkreditierung ist allerdings nicht verpflichtend. So zeigt die Broschüre auch noch andere Optionen für eine Programmteilnahme auf.



AUFDECKUNG VON SEXUELLEM MISSBRAUCH VON KINDERN

Im Zuge der Tagung des Ausschusses der Ständigen Vertreter am 28.10. haben sich die Botschafterinnen und Botschafter der Mitgliedstaaten auf ein Mandat für Verhandlungen über befristete Vorschriften zur Aufdeckung von sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet geeinigt. Durch eben jene Vorschrift sollen Anbieter von Kommunikationsdiensten, wie internetbasierten E-Mail- und Messaging-Diensten, weiterhin in der Lage sein, gegen Kindesmissbrauch im Internet vorzugehen.

Einige Anbieter nummernunabhängiger interpersoneller Kommunikationsdienste wenden bereits spezifische Technologien an, um sexuellen Missbrauch von Kindern in ihren Diensten aufzudecken, zu entfernen und/oder Strafverfolgungsbehörden zu melden. Dazu sind Sie auf Grundlage der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation ermächtigt. Diese Maßnahmen könnten jedoch nur fortgesetzt werden, wenn eine entsprechende Rechtsvorschrift erlassen wird und bis zum 21.12.2020 in Kraft tritt. Die Kommission hat daher einen Vorschlag für eine Interims-Verordnung zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch im Internet vorgelegt, mit der es möglich sein soll, diese Maßnahmen fortzusetzen. Gemäß dem Standpunkt des Rates gilt die befristete Verordnung bis zum 31.12.2025 oder bis zu einem früheren Zeitpunkt, zu dem ein dauerhaftes Rechtsinstrument von den Gesetzgebern angenommen ist und die befristeten Vorschriften aufgehoben sind. Das beschlossene Mandat ermächtigt den Rat somit ab sofort Gespräche mit dem Europäischen Parlament über den endgültigen Text einleiten zu können. Die Kommission hat darüber hinaus angekündigt, bis zum zweiten Quartal 2021 Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet vorzuschlagen, mit denen eine langfristige Lösung geboten wird, um die befristeten Vorschriften zu ersetzen.

VORLÄUFIGE EINIGUNG ÜBER DEN EU-HAUSHALT

Das Verhandlungsteam des Europäischen Parlaments für den EU-Haushalt und die deutsche Ratspräsidentschaft haben eine vorläufige politische Einigung über die künftige EU-Finanzierung erzielt. Nach zehn Wochen intensiver Verhandlungen einigten sich beide Seiten auf eine vorläufige Vereinbarung über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR 2021 bis 2027) und neue EU-Eigenmittel. Der Kompromiss muss nun noch von Rat und Parlament gebilligt werden.

Das Europaparlament konnte mit dieser Vereinbarung 16 Milliarden Euro zusätzlich zu dem von den Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfeltreffen im Juli vereinbarten Paket durchsetzen. So wird es keine Kürzungen bei wichtigen Investitions-Programmen aus den Bereichen Forschung, Migration, Klimaschutz, Digitales und Gesundheit geben. 15 Milliarden Euro werden die Schlüsselprogramme zum Schutz der Bürger vor der Corona-Pandemie verstärken, Chancen für die nächste Generation schaffen und die europäischen Werte schützen. Eine Milliarde Euro wird zusätzlich flexibel zur Verfügung stehen, um auf künftige Herausforderungen und Krisen reagieren zu können.

Damit wird der neue Haushalt die Finanzierung von Projekten mit europäischem Mehrwert verbessern. Die Einigung behebt einige Fehler des Gipfelbeschlusses. Die zusätzlichen Mittel stammen hauptsächlich aus den von der EU eingenommenen Geldbußen für Wettbewerbsverstöße (die Unternehmen zahlen müssen, wenn sie die EU-Vorschriften nicht einhalten). Damit wurde die langjährige Forderung des EU-Parlaments erfüllt, dass von der EU eingenommene Gelder im EU-Haushalt verbleiben sollten. Dank dieses Kompromisses verdreifacht das Europäische Parlament unter anderem in realen Werten die Mittelausstattung des Programms „EU4Health“, stellt den Gegenwert eines zusätzlichen Jahres der Finanzierung von Erasmus+ sicher und sorgt dafür, dass die Forschungsfinanzierung weiter steigt. Davon profitieren wir auch in Niedersachsen. Die genaue Mittelverteilung werden wir dann nach abschließendem Beschluss im Ausschuss zur Kenntnis erhalten.



UNTERWEGS IM WAHLKREIS

Einweihung des neuen Zustellstützpunktes der Deutschen Post

Als stellvertretende Landrätin war ich dabei, um den neuen Zustellstützpunkt der Deutschen Post AG im Bronzeweg offiziell einzuweihen. Vom Standort im Gewerbegebiet Honerdingen aus, sortieren, packen und verteilen, seit Anfang September diesen Jahres, 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die 23.330 Haushalte. 128.000 Briefsendung und 14.000 Frachtsendungen werden pro Woche ausgeliefert. Die Zusteller können in ihren Transportern durchschnittlich 60 bis 80 Pakete transportieren. In der Vorweihnachtszeit wird zusätzliches Personal eingesetzt, um die dann steigende Anzahl an Paketen bewältigen zu können. Mit seinen 37 Bezirken gehört der Zustellstützpunkt in Honerdingen bereits zu den größeren, im Vergleich zu anderen ländlichen Regionen. Für die Kunden ändert sich nichts. Die Postzusteller jedoch haben in den neuen Räumlichkeiten optimale Arbeitsbedingungen. Hell, modern, innovativ: Die 1200 Quadratmeter große Betriebshalle auf dem 6000 Quadratmeter großen Grundstück ist ebenerdig und auf die stetig steigenden Anforderungen zugeschnitten. Damit ist der neue Zustellstützpunkt der richtige Schritt und eine Investition in die Zukunftsfähigkeit des Poststandortes.



Informationsgespräch im Hotel Anders in Walsrode

Bedingt durch die Corona-Pandemie stehen Hotels und Gastronomie momentan vor großen Herausforderungen. Deshalb habe ich mich, in Begleitung unseres CDU- Bundestagskandidaten Carsten Büttinghaus, mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des DEHOGA-Kreisverbandes Klaus Anger und Reimer Eisenberg vom ANDERS Hotel in Walsrode getroffen. Dabei stellten die beiden Hoteliers die großen Probleme ihrer Branche dar. Bis zu 30 Prozent ihrer Kollegen würden am Jahresende wahrscheinlich den Schritt in die Insolvenz machen müssen. Zwar begrüßten Anger und Eisenberg die Hilfen vom Bund in Höhe von bis zu 75 Prozent des Umsatzes im Vorjahresmonat, doch sie helfe nur kurzfristig. Um zukünftige Insolvenzen zu verhindern ist es wichtig, dass die zugesagte Unterstützung zügig zur Auszahlung kommt.



Aktuelle Informationen

Um die Ausbreitung des Corona-Virus bestmöglich zu verlangsamen, habe auch ich meine Kontakte auf das Notwendigste reduziert. Je nachdem wie sich die Lage in den nächsten Wochen entwickelt, ist es möglich, dass ich im nächsten Newsletter auf die Seite „Unterwegs“ verzichten muss.

Gudrun Pieper MdL | Hauptstraße 9 | 29690 Schwarmstedt

Website:

Kontakt:

E-Mail-Adresse:



www.gudrunpieper.de



05071-8002525



info@gudrunpieper.de